Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Plinganserstraße Nr. 64.

INHALT:

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

Nr. 2 | **München, 9. Januar 1931** | **18. Jahrgang**

1931 Wochenkalender 5691

	Jan.	Tebeth	Bemerkungen
Sonntag	11	22	
Montag	12	23	
Dienstag	13	24	
Mittwoch	14	25	
Donnerst.	15	26	
Freitag	16	27	
Samstag	17	28	וארא מברכין החדש הפטרה כה אמר אד׳ ה׳ בקבצי (Ez. 28, 25, 29, 1—21)

Das Jüdische Echo

Nummer 2 | 9. Januar 1931 | 18. Jahrgang

Bemerkungen

Nationalsozialisten und Reichsregierung

Die Nationalsozialisten sind längst regierungsreif geworden; nicht etwa nur in Thüringen und Braunschweig; wer sich überhaupt über die zukünftige politische Gestaltung der Verhältnisse im Reich Gedanken macht, der weiß, daß die Beteiligung der Nationalsozialisten an der Reichsregierung heute auch von solchen bürgerlichen Kreisen erstrebt wird, die vor dem 14. September entschieden abgelehnt hätten, jemals mit den Nationalsozialisten zusammenzugehen. Dieser Tage erst ist bekannt geworden, daß die Deutsche Volkspartei in Bremen auf eine öffentliche Anfrage der Nationalsozialisten, ob sie bereit sei, sich für einen „antimarxistischen Senat" einzusetzen, geantwortet hat, daß sie zu Verhandlungen über eine Um- oder Neubildung des Senats bereit sei. Was diese Bereitwilligkeit bedeutet ist klar und es ist seit der Umfrage der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", die klären sollte, ob eine Einbeziehung der Nationalsozialisten in die Reichsregierung möglich sei, ebenso klar, daß ein großer Teil der der jetzigen Reichsregierung nahestehenden Kreise diese Möglichkeit durchaus für gegeben hält. Der widerwärtige und allen rechtlichen wie politischen Gesichtspunkten widersprechende Rückzug vor Thüringen und Herrn Frick, zu dem man den Reichsinnenminister Dr. Wirth gezwungen hat, ist mehr als bloß ein Symptom für den späteren Verlauf der Entwicklung; es war vermutlich schon der erste Akt der neuen Tragödie: das Verbot des Remarque-Films gehört ebenfalls hierher.

Die Nationalsozialisten freilich spielen jetzt verschämte Tugend in der Ecke und tun so, als ob sie Koalition nicht mitmachen würden; wahrscheinlich wird aber die Bewerbung des Bürgertums nicht einmal heftig sein müssen um diese Tugend zu besiegen. Wenn nicht in letzter Stunde noch das republikanische Deutschland sich auf sich selbst besinnt und weitere Gesetzesverletzungen, sei es der Nationalsozialisten, sei es der Reichsregierung, auf eine Weise beantwortet, die zeigt, daß es noch vorhanden ist und zugleich auch, wo die wahre Macht im deutschen Volksorganismus liegt, wird dieser Triumph des Nationalsozialismus nicht mehr zu vermeiden sein.

Eine andere Frage, die sich nicht annähernd mit der gleichen Klarheit beantworten läßt, ist die, was die Nationalsozialisten in der Reichsregierung denn tun werden und können. Die Grenzen ihrer Macht wären an und für sich sowohl verfassungsmäßig, wie tatsächlich nicht übermäßig weit. Auch ist nicht wahrscheinlich, daß sie Verfassungsänderungen durchsetzen werden und man müßte deshalb eigentlich annehmen, daß sie vor allem auf außenpolitischem Gebiete besonderes Unheil anrichten werden. In Wirklichkeit aber werden sie, Hitlers verschiedene Auslandsinterviews nach der Wahl haben aller Welt die Augen darüber geöffnet, gerade außenpolitisch kuschen und wie man sich innerpolitisch unbekümmert über Recht und Gesetz hinwegsetzt, nach Gutdünken verwaltet, regiert und schikaniert, hat ja Frick in Thüringen herrlich genug vorgemacht. Wie die deutschen Juden dem entgegenwirken können, hat bisher leider noch niemand gezeigt; nach ihren Gefühlen wird man jedenfalls am letzten fragen; ihre Interessen zuerst vernachlässigen und verletzen. Sie können einer antisemitischen Reichsregierung, wie der antisemitischen Bewegung nur ihren unbeirrbaren Lebenswillen entgegensetzen und aus diesem Gefühl heraus für ihre jüdische Individualexistenz, wie für die Existenz der jüdischen Gesamtheit eintreten. Allerdings sollte man glauben, daß das ungeheure Anwachsen des Antisemitismus das zustandebringen würde, was bisher der Einsicht und der Erkenntnis nicht gelungen ist, daß sich nämlich die Juden in Deutschland endlich die Organisation geben, die einzig in der Lage und befugt ist im Namen aller deutschen Juden zu reden. Allzulange wird sie nicht mehr auf sich warten lassen dürfen und jedenfalls scheint es schon heute als ob die antisemitische Reichsregierung eher da ist, als dieser Reichsverband, der die deutschen Juden wenigstens bis zu einem gewissen Grade schützen könnte: schützen, indem er verantwortlich dem Inlande und dem Auslande gegenüber den Rechtskampf der deutschen Juden führen, sie legitim zusammenfassen und repräsentieren würde.

Gegenwart und Zukunft

Die Nr. 1 des Jahrgangs 1931 der „Bayerischen Israelitischen Gemeindezeitung" bringt unter „Personalia" offizielle Aufzeichnungen über die Personenstandsbewegung der Israelitischen Kultusgemeinde München, die den jüdischen „Lebenswillen" in ein merkwürdiges Licht setzt. Da sind 7 Sterbefälle verzeichnet, keine Geburt und 5 Austritte aus dem Judentum. Dieses Ergebnis ist nicht etwa, wie man denken könnte, nur zufällig, wenn es sicher auch der Zufall besonders kraß gestaltet hat. Die Nr. 24 des Jahrgangs 1930 weist 4 Geburten auf, 4 Sterbefälle und 4 Austritte; die Nr. 23 keine Geburt, 7 Sterbefälle; Nr. 22 keine Geburt, 8 Sterbefälle; Nr. 21 1 Geburt, 13 Sterbefälle, 2 Eintritte und 3 Austritte; Nr. 20 4 Geburten, 10 Sterbefälle, 2 Austritte. Im Zeitraum eines Vierteljahres also ein Zugang von 11 und ein Verlust von 63 Seelen, davon allein 14 durch Austritt. Es steht unbestreitbar schlimm um die Lebenskraft dieser Gemeinde und man wird sich doch ernsthaft fragen müssen, ob alles geschehen ist, diesen zweifellosen Krankheitserscheinungen entgegenzutreten.

(Man darf in diesem Zusammenhang wohl darauf hinweisen, daß in München z. B. ein Aussteuerverein existiert, der satzungsgemäß heiratsfähigen und würdigen jüdischen Brautpaaren jede Unterstützung verweigern muß, wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besitzen — selbst wenn

sie schon lange Jahre hier ansässig sind. Er amassiert lieber seine Mittel, als in dieser Notzeit seine Satzungen zu ändern und zu helfen, wo Hilfe nötig ist und die allgemeinen Voraussetzungen gegeben sind. Wie es um die Möglichkeiten der Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit für Juden in Bayern steht, braucht man gewiß nicht mehr zu erörtern, auch nicht, daß das Verhalten der staatlichen Stellen unter keinen Umständen für jüdische Hilfstätigkeit maßgeblich sein darf. Hier Reform zu schaffen wäre gewiß nicht von großem Belang, aber der Fall zeigt immerhin, daß noch vieles gebessert werden könnte.)

Ungarisch-jüdischer „Patriotismus"

Wenn irgendwo in der Welt von jüdischer Seite ein Protest gegen die brutalen Verfolgungen der Juden in Ungarn erhoben wurde, erklärten die magyarisch-assimilatorisch eingestellten Führer der magyarischen Juden sofort, daß sie die „Einmischung" in „interne" ungarische Angelegenheiten ablehnen. In ihrer Knechtseligkeit gegenüber der eigenen Regierung stellten sie sich auf den Standpunkt, daß die Juden alles hinnehmen und schweigen müssen. Sich treten lassen und schweigen ist ihr Patriotismus! Dafür mischen sie sich in die „internen" Angelegenheiten der Juden in anderen Staaten ein, wenn die Horthy-Gesellschaft es ihnen befiehlt. So haben sie jetzt die Volkszählung in der Slowakei zum Anlaß genommen, um von den dortigen Juden zu verlangen, sich als Magyaren und nicht als Juden zu bekennen, um den Glanz Magyariens zu erhöhen und der tschechischen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Ja, sie gehen so weit, den Völkerbund anzurufen, er möge ihnen bei diesem zweifelhaften Geschäft helfen.

Die Union ungarischer Juden befaßte sich nämlich in ihrer Sitzung vom 25. Dezember unter Vorsitz des Hofrates Samuel Stern mit der Volksabstimmung in der Tschechoslowakei und nahm mit Stimmeneinhelligkeit eine Resolution an, die besagt: Die Union lenkt die Aufmerksamkeit der ganzen Kulturwelt auf die Mißbräuche, die in der Tschechoslowakei anläßlich der jüngsten Volkszählung gegenüber der jüdischen Bevölkerung, die auf Grund von Sprache, Kultur und Gefühlswelt sich zum Ungartum bekennt, begangen wurden. Durch behördlichen Druck sollten die Juden veranlaßt werden, ihre Zugehörigkeit zum Ungartum zu verleugnen. Die Union ungarischer Juden schließt sich der von der ungarischen Minderheit der Tschechoslowakei beim Völkerbund eingebrachten Beschwerde an und erwartet von der Judenheit der ganzen Welt, daß sie die Sache der tschechoslowakischen Glaubensbrüder sich zu eigen macht und ihren Glaubensgenossen zugefügte Unrecht im Geiste der durch die ungarische Minderheit beim Völkerbunde eingereihten Beschwerde gutgemacht werde.

Dieser Beschluß hat seitens der tschechischen Juden die gebührende Zurückweisung gefunden.

Der Präsident des Jüdischen Nationalrats für die Tschechoslowakei Abg. Dr. Ludwig Singer übergab der Jüdischen Telegraphen-Agentur nachstehende Erklärung zur Veröffentlichung:

„Die von der Union ungarischer Juden gefaßte Resolution ist ein Ausdruck der Assimilationstendenz, die in aller Welt die jüdische Seele verzerrt. Das Bekenntnis zur jüdischen Nation bedeutet niemals einen Verrat an einem anderen Volke, sondern ist nichts als ein Ausdruck der Treue zum jüdischen Volk und nationalen Stolzes. Die tschechoslowakische Republik hat seit ihrer Errichtung den Juden die Anerkennung ihrer Nationalität, die ihnen in der alten Monarchie vorenthalten blieb, gewährleistet. Diese Anerkennung wurde vor allem durch die persönliche Haltung des Präsidenten der Republik Professor Thomas G. Masaryk herbeigeführt. Anläßlich der Volkszählung sind von jüdischer Seite in den östlichen Teilen der Republik keinerlei Proteste gegen eine Beeinflussung durch die Behörden erhoben worden. Die Resolution der Union ungarischer Juden stellt eine Verleumdung und einen Angriff auf die jüdische Ehre dar. Die Tendenz des ungarischen Protestes ist offenkundig. Die Union ungarischer Juden sollte begreifen, daß gerade das Verhalten der Magyaren gegenüber den Juden Ungarns den Grund dafür bildet, daß auch die dem ungarischen Kulturkreis zugehörigen Juden der Slowakei und Karpathorußland sich in immer größerer Zahl zum jüdischen Volke bekennen."

Man muß zugeben, daß die ungarischen Juden in ihren Bemühungen das Judentum zu verleugnen und sich jüdischer Interessen zu entäußern kaum mehr weitergehen könnten; es besteht für uns allerdings kaum mehr ein Anlaß, uns über sie erhaben zu fühlen, denn auch die deutschen Juden haben es, geführt vom Centralverein, schon herrlich weit gebracht — dessen Verhalten in der Angelegenheit der polnischen Wahlen, das wir in der letzten Nummer kennzeichneten, ist grundsätzlich kaum anders. Und dabei ist doch der Centralverein noch durch eine tiefe Kluft geschieden von den nationaldeutschen Juden, die heute schon die Zeit für gekommen halten, allen Ernstes die Frage zu diskutieren: „Können Juden Nationalsozialisten sein?"

Diese „Juden" möchten es sein und bedauern nur, daß sie es nicht können. Sie haben das ungarische Vorbild noch übertroffen.

Das Zionistische Aktionskomitee einberufen

Die Zionistische Exekutive hat im Einvernehmen mit dem Präsidium des A.-C. für den 14. Januar das Zionistische Aktionskomitee zu einer außerordentlichen Sitzung nach London einberufen. Es wird betont, daß die Sitzung sich ausschließlich mit der schwierigen finanziellen Position in Palästina beschäftigen soll. Mit den schwebenden politischen Verhandlungen hat die Sitzung offenbar nichts zu tun, da Mitte Januar noch keineswegs klare Ergebnisse dieser Verhandlungen vorliegen werden.

Zu dieser Meldung bemerkt die „Jüdische Rundschau":

Die schwere finanzielle Krise in Palästina und in der ganzen zionistischen Arbeit hat sich bereits seit Monaten drohend angekündigt, wurde aber durch die das ganze Interesse beanspruchende politische Protestbewegung und Diskussion so überschattet, daß die meisten Zionisten nicht erkannten, wo — ganz unabhängig von allen politischen Fragen — die wahre Gefahr für die Kontinuität des zionistischen Aufbauwerkes liegt. Die schwere Wirtschaftskrise, die die ganze Welt erfaßt hat, konnte naturgemäß auch Palästina und die zionistische Arbeit nicht auf die Dauer verschonen. Indirekt haben wir die Folgen dieser Wirtschaftskrise bereits früher zu spüren bekommen, indem nämlich besonders der arabische Teil der palästinensischen Bevölkerung durch den ka-

tastrophalen Preissturz der landwirtschaftlichen Produkte in eine akute Notlage versetzt wurde, die das ganze Problem des palästinensischen Bauerntums, das Fellachenproblem, zum erstenmal in seiner ganzen Schärfe aufrollte. Die Regierung hat eine Kommission zum Studium der Lage der palästinensischen Landwirtschaft eingesetzt, die sogenannte Johnson-Crosbie-Kommission, deren Bericht gerade jetzt veröffentlicht wurde und große Aufmerksamkeit auch von unserer Seite verdient. Diese Zuspitzung der ökonomischen Lage des Fellachen hat die Empfehlungen von Simpson und damit auch die Abfassung des letzten britischen Weißbuches sehr stark beeinflußt. Wenn von dieser Seite her die Wirtschaftskrise bereits eine Bedrohung der jüdischen Aufbaumöglichkeiten brachte, so mußte noch mehr damit gerechnet werden, daß die direkten Schwierigkeiten infolge Ausbleibens der für den jüdischen Teil der Wirtschaft heute noch erforderlichen Zuschüsse aus dem Ausland sich zusehends steigern werden. Wir haben wiederholt auf diese Gefahr hingewiesen, die sich vor allem aus der Depression in Amerika ergab. Amerika hat seinen Anteil am Keren-Hajessod-Budget so gut wie überhaupt nicht gedeckt. Die Zionistische Exekutive in Palästina hat von Monat zu Monat die immer komplizierter werdende Finanzlage aufrechtzuerhalten versucht in der Hoffnung, daß das Galuthjudentum doch noch seinen Erez-Israel gegenüber übernommenen Verpflichtungen wenigstens teilweise nachkommen wird. Allmählich aber scheint die durch Nichtdeckung des Budgets entstandene Lage unhaltbar geworden zu sein. Es wird jetzt gemeldet, daß die Palästina-Exekutive mit einem radikalen Abbau eingesetzt hat. Wenn man jedoch nicht nur das rein fiskalische Moment im Auge hat, muß man erkennen, daß ein solcher Abbau gleichzeitig sehr bedenkliche Folgen für das Wirtschaftsleben in dem kleinen Palästina haben muß. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit erhebt seinen drohenden Schatten. Diese wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, so sehr sie nur Begleiterscheinung allgemeiner Weltentwicklungen sind und so sehr heute jedes Land, sogar die geordnetsten Staaten, mit ähnlichen Problemen zu kämpfen haben, müssen doch in diesem Moment auch für die politischen Fragen von nachteiliger Wirkung sein. Alle diese Überlegungen mögen die Exekutive veranlaßt haben, das Aktions-Komitee beschleunigt einzuberufen, um die Verantwortung für die erforderlichen Maßnahmen mit einem größeren Gremium zionistischer Repräsentanten zu teilen. Die Einberufung des Aktions-Komitees, das erst vor knapp zwei Monaten versammelt war, war sicherlich kein leichter Entschluß, zumal auch die Kosten einer Aktions-Komitee-Sitzung bei der angespannten Finanzlage ins Gewicht fallen. Aber es ist nur gerecht, wenn die Exekutive, der die Bewegung die Mittel für ihre Arbeit verweigert hat, dem den Kongreß repräsentierenden Ausschuß die Verantwortung zuschiebt.

In diesem Zusammenhang wurden — was ja nahe liegt — auch Gerüchte über eine geplante Verschiebung des Kongresses laut. So sehr wir verstehen, welche gewichtigen Argumente gegen die Abhaltung des Kongresses in diesem Moment sprechen, so würden wir doch eine Verschiebung des Kongresses für einen sehr schweren Fehler halten. Die zionistische Atmosphäre ist heute bereits so mit Zündstoff geladen, die Desorientierung durch eine systematische falsche Information über die grundlegenden Tatsachen hat so erstaunliche Fortschritte gemacht, die Vertrauenskrise nimmt angesichts dieser Umstände so groteske Formen an, daß nur ein Kongreß, der eine neue Leitung wählen muß, imstande ist, die Atmosphäre zu klären. Wir sind überzeugt, daß auch das Aktions-Komitee dieser Meinung zustimmen wird, und vor allem müßte die Exekutive es sein, die trotz aller Bedenken auf der Abhaltung des Kongresses besteht.

Die Zionisten Neuyorks für eine Verschiebung des Termins des Zionistenkongresses

N e u y o r k, 31. Dezember. (JTA.) Auf der vor kurzem abgehaltenen Konferenz der Zionisten Neuyorks wurde der ehemalige Präsident der zionistischen Organisation Amerikas Louis Lipsky zum Präsidenten der Neuyorker Zionistischen Vereinigung gewählt. Die Konferenz nahm eine Reihe von Resolutionen an, in denen die Zionistische Exekutive aufgefordert wird, die praktische Palästina-Arbeit unbeirrt durch das Weißbuch mit verstärkter Energie fortzusetzen und den Termin des zionistischen Weltkongresses bis zur Beendigung der Verhandlungen zwischen Jewish Agency und britischer Regierung zu verschieben.

Auch die Neuyorker jiddische Zeitung „Der Tag" tritt für eine spätere Einberufung des Kongresses ein, während innerhalb der Exekutive der Zionistischen Organisation Amerikas keine einheitliche Meinung über diese Frage besteht.

J e r u s a l e m, 2. Januar. (JTA.) Die Allgemeine Jüdische Arbeiterorganisation Palästinas, Histadruth Haowdim, hat an die Zionistische Exekutive telegraphisch die Aufforderung gerichtet, den Kongreßtermin zu verschieben, falls die Abhaltung des Kongresses im Februar den Palästina-Drive in Amerika nachteilig beeinflussen sollte.

K a r l s b a d, 2. Januar. (JTA.) Auf eine Anfrage der Jüdischen Telegraphen-Agentur dementiert das Büro des Zionistenkongresses in Karlsbad kategorisch die vom „Jewish Chronicle" gebrachte Nachricht von einer beabsichtigten Verschiebung des Kongreßtermins.

Die Konferenz der englischen Zionisten

Trauer um Lord Melchett — Politische Resolutionen Dr. Eder Präsident

Am 27. Dezember, abends, wurde die 31. Jahresversammlung der English Zionist Federation eröffnet. Die Tagung stand unter dem Eindruck des wenige Stunden vorher erfolgten Ablebens Lord Melchetts, der eine Zeitlang an der Spitze der English Zionist Federation gestanden hatte.

Dr. W e i z m a n n hielt zunächst einen Nachruf auf Lord Melchett.

Nach Dr. Weizmann sprach Simon M a r k s ebenfalls Worte des Gedenkens. Er führte u. a. aus: Lord Melchetts Anschluß an den Zionismus erfolgte in einem großen psychologischen Moment. Es war einige Zeit vor der Veröffentlichung der Balfour-Deklaration. Eine Reihe von englischen Juden suchte die Veröffentlichung dieses Dokumentes zu verhindern und übergab der Regierung eine Liste von hervorragenden jüdischen Persönlichkeiten, die Gegner des Zionismus waren. Diese Liste enthielt auch den Namen Sir Alfred Monds, des späteren Lord Melchett. Glücklicherweise hatte ich eine Woche vorher Kenntnis von einem von Sir Alfred Mond verfaßten Artikel erlangt, in dem er ein unzweideutiges zionistisches Bekenntnis ablegte. Ich war in der Lage, dem Memorandum, das

wir Zionisten der Regierung unterbreiteten, diesen Artikel beizufügen. Ich arrangierte eine Zusammenkunft Dr. Weizmanns mit Sir Alfred Mond, der damals Minister für öffentliche Arbeiten war. Diese Unterredung führte zu einer engen Freundschaft zwischen den beiden Männern, die von nachhaltiger Bedeutung für unsere Sache wurde.

*

Nach dieser Eröffnungskundgebung, die auch durch drei Minuten Schweigen zu Ehren des Verewigten gekennzeichnet war, trat die Konferenz in ihre Arbeitstagung ein. Sie wurde eingeleitet durch die Verlesung einer Reihe von eingelaufenen

Begrüßungsschreiben,

von denen nachstehende erwähnenswert sind: Lloyd George schrieb u. a.: Die diesjährige Konferenz der E. Z. F. tagt in einem kritischen Augenblick der Geschichte des jüdischen Volkes. Meine herzlichen Glückwünsche begleiten Sie bei Ihrer großen Aufgabe. — In sehr herzlichem Tone war auch das Begrüßungsschreiben des Ministerpräsidenten von Kanada, Bennett, gehalten. Der Präsident des Jewish Board of Deputies, d'Avigdor Goldsmid, erklärte in seinem Begrüßungsschreiben, es sei in diesem Augenblick von hoher Bedeutung, der britischen Regierung zu zeigen, daß die Juden Englands entschlossen sind, ihre verantwortungsvolle Aufgabe mit größerer Energie als je zuvor durchzuführen.

Von Dr. Weizmann ist ein Schreiben folgenden Wortlauts eingelaufen: „Es ist klar, daß es für mich unmöglich ist, sehr viel über die jetzt im Gange befindlichen Verhandlungen zwischen Vertretern der britischen Regierung und uns zu sagen. Ich kann nur die Hoffnung aussprechen, daß als Ergebnis dieser Verhandlungen die Jewish Agency in die Lage versetzt wird, ihre Arbeit in Palästina weiterzuführen ohne die gewaltigen Hindernisse, welche bisher ihr in den Weg gelegt wurden, und so offenkundig unsere Arbeit für das Jüdische Nationalheim beeinträchtigt haben. Was immer aber das Ergebnis unserer Verhandlungen sein mag, es wird Sache Ihrer Vertreter ebenso wie der Delegierten des XVII. Zionistenkongresses sein, die künftige Politik der Jewish Agency zu bestimmen und zu entscheiden."

Nunmehr ergriff Chaim Nachman Bialik im Namen des palästinensischen Jischuw das Wort zu einer Aussprache. Die Juden Palästinas, sagte Bialik, sind trotz der schweren Tage, die sie durchzumachen haben, nicht verzagt und nicht entmutigt. Daß sie auf dem Boden Erez Israels leben dürfen, ist ihnen Trost genug. Nur Kleinmut bei den Juden außerhalb Palästinas könnte die Zuversicht des Jischuw erschüttern. Bialik feierte sodann den Geist der Chaluzim, der allen Juden Beispiel sein müsse. Jeder Jude müsse bereit sein, einen Teil seines Vermögens für den Aufbau des Heiligen Landes zu opfern.

Die eigentlichen Verhandlungen der Konferenz begannen mit dem Jahresbericht, der von Rev. M. L. Perlzweig vorgelegt wird. Es folgen Berichte von Simon Marks über Keren Hajessod und P. Horovitz über Nationalfonds.

Die Sonntagssitzung wird eingeleitet durch ein Referat des Vorsitzenden des Politischen Komitees der E. Z. F., Paul Goodman, der eine Reihe von politischen Resolutionen vorschlägt. Hieran schließt sich ein ausführliches Referat von Prof. Brodetzky, Mitglied der Zionistischen Exekutive, das einen Überblick über die letzte Entwicklung und über die Begleitumstände der Verhandlungen mit der Regierung gibt. Brodetzky betont, daß durch diese Verhandlungen die zionistische Frage zum ersten Male seit vielleicht zehn Jahren aus einer Angelegenheit des Kolonialamtes zu einer Sache des britischen Kabinetts gemacht wurde.

Die

politischen Resolutionen

enthalten zunächst einen scharfen Protest gegen das britische Weißbuch. Die Zionistische Exekutive wird aufgefordert, bei ihren Verhandlungen mit der Regierung alle auf dem Weißbuch basierenden Vorschläge abzulehnen und die Verhandlungen abzubrechen, wenn die Regierung ihre gegenwärtige Politik aufrechterhalten sollte. Das Vertrauen der Juden zu England könne nur wiederhergestellt werden, wenn die dem Jüdischen Nationalheim feindlichen Bestimmungen des Weißbuches endgültig ausgemerzt sein werden. Das Grundprinzip des Palästinamandats war die Anerkennung der historischen Verknüpfung des jüdischen Volkes mit Palästina. Die Errichtung eines nationalen Zentrums ist nur auf dem Wege breitester jüdischer Einwanderung mit der Ermöglichung geschlossener Ansiedlung auf dem Lande durchzuführen. Ohne Sicherung dieser grundlegenden Bedingungen erscheint keine Basis für eine Kooperation zwischen Juden und englischer Regierung gegeben. Die Verwirklichung des zionistischen Ideals ist mit der Wahrung der Rechte der nichtjüdischen Bevölkerung Palästinas nicht unvereinbar. Die Jewish Agency wird aufgefordert, die guten nachbarlichen Beziehungen zu den Arabern zu pflegen und die gemeinsamen Interessen von Juden und Arabern zu fördern. Die Konferenz spricht ihr Bedauern über Weizmanns Rücktritt aus, sieht aber in diesem Schritt den einzigen Weg, der der Würde und den Interessen des jüdischen Volkes entspricht.

Zum Präsidenten der E. Z. F. (an Stelle des verstorbenen Lord Melchett) wurde Dr. Eder gewählt.

Neue Wege zionistischer Politik

Grusenberg über Paneuropa und Zionismus

Warschau, 30. Dezember. (JTA.) Das Mitglied des Councils der Jewish Agency Senator Oskar Grusenberg, der sich augenblicklich in Warschau aufhält, äußerte sich einem Pressevertreter gegenüber folgendermaßen über die gegenwärtige Lage im Zionismus.

Die alten Wege zionistischer Arbeit haben sich als nicht mehr gangbar erwiesen. Gegenwärtig ist nicht mit einem Erfolg im Kampfe gegen England zu rechnen. Man könnte zwar noch einen letzten Versuch machen und die Leitung der Bewegung dem talentierten und hingebungsvollen Führer des Revisionismus Wladimir Jabotinsky übergeben. Ich glaube aber nicht, daß dies die gewünschten Resultate zeitigen würde. Die einzige Änderung wäre die, daß statt des lyrischen Tenors Weizmanns der tiefe Baß Jabotinsky zur englischen Regierung sprechen würde. Positive Ergebnisse aber sind von einer solchen Änderung der Stimmlage nicht zu erwarten.

Man kann England für seine neue Taktik in Bezug auf Palästina vielleicht gar nicht verantwortlich machen. Die Wahl dieser Taktik ist nicht von dem guten oder bösen Willen Englands abhängig, sondern wird durch die Verhältnisse zwangsläufig

herbeigeführt. England muß trachten, seinen Kolonialbesitz zu erhalten. Ägypten hat sich bereits unabhängig gemacht, Indien trachtet danach, sich vom britischen Imperium loszulösen, und andere Gebiete werden möglicherweise diesem Beispiel folgen. Dadurch steht England vor der Gefahr, ein kleines und unbedeutendes Reich zu werden.

Es war von zionistischer Seite ein politischer Fehler, daß nicht von Anfang an ein Maximalprogramm aufgestellt wurde. Es hätte die Forderung nach einem Judenstaat, nicht aber bloß nach einem Nationalheim aufgestellt werden müssen. Seinerzeit hätte man mit dieser Forderung durchdringen können. Jetzt ist die passende Zeit, solche Forderungen zu erheben, vorüber. Damit will ich nicht sagen, daß ich an den Erfolg unserer Sache nicht glaube; sie wird zum Erfolg geführt werden, aber auf einem anderen Weg.

Obwohl der Gedanke der „Vereinigten Staaten von Europa" heute schon zur Verwirklichung reif ist, ist vorläufig nur von wirtschaftlicher Vereinigung die Rede. Aber auch die politische Vereinigung wird kommen, denn ohne sie ist die wirtschaftliche nicht möglich. Ich glaube, daß es etwa 25 Jahre nach der Errichtung der Vereinigten Staaten von Europa zu einer Vereinigung der Kulturstaaten im nahen Osten kommen wird. Im Rahmen dieser Vereinigung wird es auch uns möglich sein, ein freies, unabhängiges Gemeinwesen zu erhalten.

Die dringendste Gegenwartsaufgabe des Zionismus ist es, den Jischuw in Palästina zu vergrößern und zu kräftigen. Wir müssen ihn gegen alle Angriffe wappnen, die in der nächsten Zeit gegen ihn gerichtet werden könnten. Wir müssen unsere Jugend zu verstärktem Widerstand befähigen. Wenn wir alle mutig den uns vorgezeichneten Weg gehen, wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Transjordanien

Zionistische Aufsätze im Anschluß an das Weißbuch, die Diskussion im englischen Parlament, die englische Presse, — sie alle weisen auf Transjordanien hin, als auf ein Mittel, das schwierigste palästinensische Problem, das Bodenproblem, zu lösen. Und die arabische Presse ihrerseits fand in diesen Hinweisen ein neues Schreckgespenst für ihre Leser: „Vertreibung der Araber aus Palästina nach Transjordanien"; das heißt eine grobe Verkennung sowohl der Frage selbst wie der Absichten des Zionismus und seiner Freunde.

Transjordanien ist in jeder Beziehung, auf Grund der Geschichte, Geographie, Wirtschaft und Bevölkerung ein untrennbarer Bestandteil Palästinas. Nur vorübergehende politische Berechnungen führten zu einer Trennung. Und nicht einmal diese formale Trennung ist wirklich durchgeführt, Transjordanien gehört noch heute zu dem Mandatsland Palästina, nur mit der Einschränkung, daß die Paragraphen des Mandats, in denen von der Errichtung einer jüdischen Heimstätte die Rede ist, für dort nicht gelten. Im täglichen Leben hat sich die Trennung durchaus nicht durchgesetzt. Verkehr und Handel wissen von ihr nichts, und wenn die Aufmerksamkeit der Bewohner Palästinas weniger auf Transjordanien gerichtet ist, so gilt dasselbe von gewissen Landstrichen im Westjordanland, zum Beispiel vom Süden. Und wenn Minister und Sachverständige bei ihrer Beurteilung jüdischer Ansiedlungsmöglichkeiten so tun, als ob es kein Transjordanien gäbe, so ist das ein sehr durchsichtiges Manöver. Diese Außerachtlassung Transjordaniens beweist deutlich, welch unehrliches Spiel der „fortschrittliche" Angriff auf den Zionismus treibt, wenn er ihm Mangel an Sorge für das Los des Fellachen vorwirft; denn der Fellache Transjordaniens steht in Wahrheit viel schlechter da als der des Westjordanlandes: von den 300 000 Bewohnern Transjordaniens sind nur 130 000 angesiedelt (und wie angesiedelt!), 50 000 halb angesiedelt, und 120 000 Beduinen, ohne irgendwelchen Grund und Boden: um diese Fellachen sorgt sich die Mandatsregierung nicht.

In Wirklichkeit ist der ganze Inhalt des Palästinamandats eine immer stärkere jüdische Ansiedlung bei Wahrung der Interessen der Landesbewohner, Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen und Erhöhung ihres Lebensstandards, und wenn die beiden Teile Palästinas westlich und östlich des Jordans in Wahrheit eine Einheit bilden, ist es unberechtigt, bei Lösung dieses Palästinaproblems Transjordanien beiseite zu lassen. Wer die Grundlagen des Palästina-Mandats anerkennt, — und das tut ihren Worten nach auch die Mandatsregierung — muß einsehen, wie absolut absurd es ist, den einen Teil des Landes wegen angeblichen Mangels an freiem Boden für jüdische Einwanderung zu sperren, während der andere Teil des Landes Boden in Hülle und Fülle hat. Bearbeitbaren Boden gibt es dort mehr als im Westjordanland, und seine Einwohnerzahl beträgt nur ein Drittel. Auch ohne das Palästinamandat mit seinen besonderen Verpflichtungen gegenüber dem jüdischen Werke, aus rein zivilisatorischen Gesichtspunkten wäre die Regierung verpflichtet, diese riesige Fläche zu berücksichtigen. Wenn sie es doch nicht tut, dürfen wir dann nicht behaupten, daß sie sich dem jüdischen Werke wahrscheinlich nur darum widersetzt, weil sie daran interessiert ist, das ganze Land, links und rechts des Jordans, armselig und unentwickelt, soll heißen, leicht beherrschbar zu erhalten?

Nicht die Juden haben den Gedanken aufgebracht, einen Teil der hiesigen Gebirgsfellachen umzusiedeln. Simpson war es, der einer „Verpflanzung" der Gebirgsfellachen das Wort redete. Und wenn wir seine Voraussetzung der Aussichtslosigkeit einer Ansiedlung im Gebirge anerkennen (entweder weil eine sich selbst erhaltende Landwirtschaft im Gebirge an sich aussichtlos ist oder weil die arabischen Fellachen nicht die Mittel, Kenntnisse und Eigenschaften besitzen, um sich eine solche Landwirtschaft zu schaffen), und wenn wir uns über die Möglichkeiten der palästinensischen Städte, die Gebirgsfellachen zu absorbieren, keine Illusionen machen wollen, — was haben sie dann für andere Aussichten als die Verpflanzung? Und wenn Verpflanzung, — warum gerade in einen gewissen Bezirk im Westjordanland und nicht in einen anderen, in Transjordanien? Warum ist die Verpflanzung in eine Ebene, die ein paar Dutzend Kilometer entfernt ist, „eine wünschenswerte und segensreiche Reform", dagegen die Verpflanzung in eine Ebene, die ein paar Dutzende Kilometer weiter entfernt ist, in demselben Lande, derselben Umgebung, demselben Klima, demselben Volke „Vertreibung"? Doch nur, weil man hofft, der im Westjordanlande bleibende Fellache werde ein Stück Erde besetzen, das sonst der jüdischen Einwanderung zur Verfügung stände, und darum gilt dieser Ausweg den Regierenden und der arabischen Presse als eine Quelle des Segens.

Der Zionismus dagegen hat das Problem ganz anders gesehen. Er hat nie verlangt, daß gerade die Araber nach Transjordanien auswanderten. Und wenn, dann tat er es nur wegen der Einschränkungen und Schwierigkeiten, denen das jü-

dische Werk in Transjordanien begegnet. Wenn aber diese Einschränkungen wegfallen und Transjordanien sich der jüdischen Arbeit öffnet, dann werden die Juden sich mit tausend Freuden selber in diesen Teil Erez Israels „vertreiben“ und ihn besiedeln.

Die beiden Landesteile gehören zusammen. Die beiden Probleme fallen zusammen: Das Wachstum der jüdischen Siedlung und die Verbesserung des Lebens des arbeitenden Arabers sind in Wahrheit ein Problem. Eine Regierung, die dem verwickelten Palästinaproblem offen und redlich gegenüberträte, müßte das anerkennen, und dann wäre die Lösung des Problems nur eine Frage von Zeit, Geduld und praktischer Begabung. Und die Absurdität von großen besiedlungsfähigen leerstehenden Flächen in Transjordanien einerseits und andererseits nach Heimatboden dürstender jüdischer Massen in Polen und Jemen und sich hoffnungslos quälender Gebirgsfellachen, — diese himmelschreiende Absurdität würde dann verschwinden, wie sie auch im Laufe der Zeit verschwinden wird. Die wirklichen Kräfte sowohl des jüdischen Lebens in der Galuth wie des arabischen Arbeiterlebens in Palästina werden sich mit ihr nicht abfinden, werden sie wegschwemmen mit all dem Lug und Trug, auf dem sie beruht; Transjordanien wird seinen Teil an der Lösung des Palästina-Problems beitragen müssen. (Aus dem deutschen „Dawar“.) M. B.

Zehn Jahre jüdische Gewerkschaften in Palästina

— Jubiläum der Histadruth Haowdim

Jerusalem, 1. Januar. (JTA.) Im ganzen Lande Palästina beging die jüdische Arbeiterschaft die Feier des zehnjährigen Bestehens der Histadruth, die Ende Dezember 1920 auf einer Konferenz palästinensischer Arbeiter in Haifa begründet worden ist. Der vollständige Name dieser allgemeinen gewerkschaftlichen Organisation der jüdischen Arbeiter in Palästina lautet: „Histadruth haklalith schel Haowdim haiwrim beerez Israel.“ Die Histadruth ist ein Bund von Fachorganisationen (der Organisation der Landarbeiter, der bei den öffentlichen und bei den Bauarbeiten beschäftigten Arbeiter, der Bahnarbeiter, der Metallarbeiter u. dgl.), der von einer Zentralstelle in Tel-Awiw aus geleitet wird. Die zwei bedeutendsten Sektionen sind die Organisation der Landarbeiter, die alle Arbeiterpachtgenossenschaften im Lande und daneben noch die landwirtschaftliche Lohnarbeiterschaft umfaßt, und die Organisation der Bauarbeiter, die selbst eine Zeitlang der bedeutendste Unternehmer im Baugewerbe in Palästina war und bis zum 31. Dezember 1926 Arbeiten im Gesamtbetrage von über 40 Millionen Mark ausgeführt hat. Die Bauarbeiter-Kooperative (Solel Boneh) mußte jedoch 1927 liquidiert werden. Auf der zweiten Konferenz (Februar/März 1923) der Histadruth wurde beschlossen, sie in eine Arbeitergesellschaft (Chewrath-Owdim) umzuwandeln, die als solche erstrebt, Eigentümerin aller Siedlungen und aller Institutionen der Arbeiterschaft zu sein. Laut Beschluß dieser Konferenz trat die Histadruth der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale bei. Die Zahl der Histadruth-Mitglieder beträgt derzeit etwa 30 000. Die Histadruth stellt die bedeutendste jüdische Organisation in Palästina dar und beeinflußt das jüdische Leben Palästinas in hohem Maße.

Die in Tel-Awiw erscheinende Arbeitertageszeitung „Davar“ bemerkt zum Histadruthjubiläum u. a.: „Das Fest fällt in eine Zeit, in der der Zionismus einer schweren Gefahr — wirtschaftlich, politisch, ideologisch — ausgesetzt ist, und die Gefahr bedroht insbesondere die Arbeiterschaft. Der Arbeiter hat den Grund gelegt zu einer arbeitenden jüdischen Gemeinschaft in Erez Israel. Er hat weite Perspektiven für einen größeren Zionismus, einen Zionismus der jüdischen Massen, eröffnet. Er ändert die Bedingungen dieses Landes von Grund auf und rüstet sich, der Versklavung des palästinensischen Arbeiters ein Ende zu machen. So stoßen die Kräfte der Beharrung, die, bewußt oder unbewußt, dem größeren Zionismus der Arbeit sich entgegensetzen, zuerst auf den Widerstand der Histadruth. Die Histadruth umfaßt Arbeiter verschiedener Parteien und verschiedener Anschauungen, städtische und ländliche, gelernte und ungelernte, selbst arbeitende Besitzer und Taglöhner, Mitglieder von Kwuzoth, Kibbuzim und Moschwe Owdim, Laden- und Büroarbeiter, Hausbedienstete, Lehrer und Schriftsteller, Männer und Frauen, — sie alle hat der tiefe Wunsch nach schöpferischer jüdischer Arbeit und nach Kampf für soziale Gerechtigkeit in eine Front zusammengeschlossen. Sicher hat die Histadruth auch Fehler gemacht. Aber umtobt von einem Sturm der Angriffe übernimmt die Histadruth die volle Verantwortung für das, was sie geleistet hat: Einwanderung zehntausender Arbeiter; eine mehrtausendköpfige Arbeiterjugend, bereit, in die Arbeiterfront einzutreten; die Massen des Hechaluz, mit dem Willen zur Einwanderung und zur Beteiligung an Sieg und Niederlage; Arbeitersiedlungen, Symbole der gesellschaftlichen, menschlichen, landwirtschaftlichen Kultur; eigenes Erziehungs- und Gesundheitswesen; volle Beteiligung am Aufbau der ersten jüdischen Stadt und der Schaffung jüdischer Komplexe in den alten Städten; Kampf gegen Arbeitslosigkeit und für Überwindung der wirtschaftlichen Krise; Kampf für die Rechte des Arbeiters in Gesellschaft und Staat; Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Erhöhung des Lebensstandards des Arbeiters, ein großes Netz von Produktiv-, Kredit- und Konsumgenossenschaften; Arbeiterinnenwirtschaften und Arbeitervorstädte; hervorragende Rolle in dem Kampf des ganzen Jischuw in den Tagen der Unruhen; Kampf für das Recht des jüdischen Volkes auf freie, schöpferische Lebensgestaltung in Erez Israel; Streben nach Verwirklichung des Aufbaus in friedlichen Beziehungen zu dem arabischen Arbeiter, in gemeinsamer Arbeit, gemeinsamem Kampf mit ihm. Diese Leistungen erlauben der Histadruth, erhobenen Hauptes vor dem Urteil der Geschichte dazustehen, in einer Zeit, da Feinde ringsum sie und das zionistische Werk bedrohen.

Die Konsolidierung der Keren Hajessod-Siedlungen

Wenn auch wegen der mangelnden Eingänge des Keren Hajessod die Auszahlung des Konsolidierungsbudgets an die Siedlungen erst zu einem geringen Teil erfolgen konnte, so sind doch in den letzten Monaten eine Reihe von Maßnahmen getroffen worden, die diese Siedlungen der Konsolidierung näher bringen. Besondere Fortschritte sind hinsichtlich des Abschlusses von Verträgen mit den Siedlern erzielt worden. Das Kolonisations-Department der Jewish Agency hat in den letzten Monaten mit den Siedlungen: Kinereth, Magdiel, Kfar Gun, Jadjur, Daganiah A, Ben Schemen, Tel Josef, Kirjath Anawim, Daganiah B, Nachlath Jehuda, Chefzibah, Atharot, Herzlia, Gederah, Gewa,

Beer Tuwia (frühere Siedler) Verträge abgeschlossen, in denen definitiv die Höhe der noch für die Konsolidierung jeder Siedlung erforderlichen Anleihen festgestellt wurde. Diese Abkommen werden in dem eigentlichen Ansiedlungsvertrag, der mit jeder Siedlung abgeschlossen wird, aufgenommen werden. Was den Vertrag selbst angeht, so sind die Verhandlungen über seinen endgültigen Text und seine Bedingungen abgeschlossen worden. Die früheren Entwürfe werden vollständig umgeändert. Die Klausel über die Teilnahme von „Nir" als dritten Vertragspartner wurde gestrichen, während die Bestimmungen über die Selbstarbeit so gefaßt wurden, daß sie dem Farmer erlauben, fremde Arbeitskräfte zu beschäftigen, wenn dies die landwirtschaftliche Saison erfordert.

Die Frage der Rückzahlungsbedingungen der Siedlungskredite spielte bei den Verhandlungen naturgemäß eine große Rolle. Eine Untersuchung der Einnahmen und Ausgaben in verschiedenen sich selbst erhaltenden Wirtschaften zeigte, daß diese Betriebe zwar einen Überschuß erzielen, der ihnen eine ausreichende Existenz gewährt, aber im Augenblick noch nicht in der Lage sind, außer den kommunalen Abgaben und Lasten größere Beträge für die Tilgung der Kredite zurückzuzahlen. Jedoch rechnet man damit, daß nach weiterer Intensivierung der betreffenden Wirtschaften mit der Tilgung der Kredite in einigen Jahren begonnen werden kann. Die Bedingungen für die Rückzahlung der Kredite im Emek sind daher jetzt gemeinsam mit den Siedlern folgendermaßen festgesetzt worden:

Während der ersten vier Jahre nach der Auszahlung des vollständigen Siedlungskredites werden keinerlei Zahlungen für Amortisation oder Zinsen verlangt. Während der ersten zehn Jahre sind nur Zinsen in Höhe von zwei Prozent zu entrichten. Darnach müssen während eines Zeitraumes von vierzig Jahren Zahlungen für Kapital und Zinsen zusammen geleistet werden. Die Gesamttilgung wird also vom Zeitpunkt der Auszahlung des Siedlungskredites an vierundfünfzig Jahre dauern.

Die Siedler verlangten, daß nach den ersten zehn Jahren eine Nachprüfung ihrer Wirtschaftsverhältnisse vorgenommen werde. Falls es sich dabei herausstellt, daß die vorgesehenen Zahlungen nicht geleistet werden könnten, so müßten die Zahlungsbedingungen revidiert werden. Diese Frage wurde dem Finanzkomitee der Jewish Agency auf der letzten Sitzung in Berlin vorgelegt, das beschloß, daß eine solche Revision auch nach dem zweiten Jahrzehnt stattfinden soll. (Ziko)

Felix Warburg 60 Jahre

New York, 1. Januar. (JTA.) Am 14. Januar 1931 vollendet Herr Felix M. Warburg, Präsident des American Joint Distribution Committee und des Administrative Committee der Jewish Agency, sein 60. Lebensjahr. Dieser Tag ist ein wichtiges Datum nicht nur im Leben eines großen Menschen und großen Juden, sondern auch für das jüdische wie für das nichtjüdische öffentliche Leben, welches tiefe Spuren der Wirksamkeit einer Persönlichkeit wie Felix M. Warburg trägt. Das amerikanische Judentum insbesondere rüstet sich zur festlichen Begehung dieses Tages.

Herr Felix M. Warburg wurde 1871 in Hamburg geboren, ging 1894 nach Amerika, wo er 1900 naturalisiert wurde. Er heiratete Frieda Schiff, die Tochter von Jacob H. Schiff, und wurde 1896 Teilhaber des Bankhauses Kuhn, Loeb & Co. und Leiter mehrerer großer Gesellschaften. Er wurde eine führende Persönlichkeit in der New Yorker Bankwelt und in der amerikanischen Gesellschaft.

Felix M. Warburgs soziales Wirken

Herr Felix M. Warburg wandte sich schon bald nach seiner Übersiedlung nach New York dem Gebiete der sozialen Fürsorge zu. Seine Haupttätigkeit widmete er zunächst den Wohlfahrtsgesellschaften, u. a. der New Yorker East Side, die sich mit den aus der starken Einwanderung sich ergebenden Problemen befaßten. Hiervon sind zu erwähnen die „Education Alliance" und „Immigrant Educational Institution". Er trat dann in Beziehungen zu dem „University Settlement", das sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen der ärmeren Klassen einsetzt. Lebhaft beschäftigte Herrn Warburg der Wunsch nach durchgreifender Hilfe für geistig und körperlich zurückgebliebene Kinder; seiner Initiative ist es zu verdanken, daß in den Schulen besondere Klassen für solche Kinder eingerichtet wurden. Sein Mitgefühl für die Blinden veranlaßte ihn, an den Bestrebungen der Schwestern Holt zur Berufsausbildung der Blinden hervorragend teilzunehmen. Er beteiligte sich auch an der „American Foundation for the Blind" und war einer der ersten Verwalter dieser Institution. Besondere Aufmerksamkeit wandte er der Bekämpfung der Kinderkrankheiten zu und setzte sich für die Anwendung neuer Methoden in der Säuglingsfürsorge ein. Durch sein Fürsorgewerk für Kinder kam er auch mit dem Problem der jugendlichen Verbrecher in Berührung; seiner und Homer Folks' Bemühung ist es zu verdanken, daß ein Gesetz für die Schaffung von Jugendgerichtshöfen angenommen wurde. Warburg und Folks wurden durch den Gouverneur Hughes als die ersten Kommissare dieser Gerichtshöfe ernannt. Als Verwaltungsratsmitglied des „Teacher College" der Columbia University hat sich Felix M. Warburg eifrig um die Hebung des Lehrerberufes bemüht. Aus einer kleinen „houshold arts"-Klasse hat sich dieses Institut zur ersten Lehrerbildungsinstitution der Vereinigten Staaten aufgeschwungen. Aus ihm sind viele Hochschulpräsidenten hervorgegangen, es hat Unterrichtsinspektoren nach allen Teilen der Welt gesandt.

Felix M. Warburgs jüdisches Wirken

In New York wurde unter der Ägide von Felix M. Warburg der Zusammenschluß aller jüdischen philantropischen Gesellschaften zu einer „Federation of Jewish Charities" vollzogen und dadurch eine durchgreifende Reform des jüdischen Wohlfahrtswesens in der größten jüdischen Gemeinde der Welt erreicht. Er wurde der erste Vorsitzende der „Federation of Jewish Charities", die unter seiner Leitung bewundernswerte Erfolge erzielt hat. Der „Federation" gehören an 21 Krankenhäuser, ferner Waisenhäuser, Beratungsstellen und unzählige andere Wohlfahrtseinrichtungen, deren gemeinsames Budget rund 5 Millionen Dollar jährlich beträgt. Gegenwärtig ist Herr Warburg Vorsitzender des Verwaltungsrates der „Federation". Unter seiner Ägidie wurde die „Training School for Jewish Social Workers" gegründet. Er ist mit dem „Bureau of Jewish Sozial Research", welches das Gebiet der sozialen Fürsorge in zahlreichen Städten Amerikas kontrolliert, eng verbunden.

Wie in der Weltgeschichte überhaupt, so waren auch im letzten Kriege die Juden die am härtesten Betroffenen. Die aus Europa kommenden Hilferufe haben das amerikanische Judentum aufgerüttelt. Alle Schichten der amerikanischen Juden vereinig-

ten sich zur Gründung des „Joint Distribution Committee for Jewish War Sufferers", das für die Bedürfnisse von Millionen Juden in den vom Kriege heimgesuchten Gebieten sorgte. Herr Felix M. Warburg wurde zum Vorsitzenden des Verwaltungskomitees gewählt und hat diesen Posten noch jetzt, nach 16 Jahren, inne. Während der Kriegsjahre unterstützte das J.D.C. die Notleidenden, sättigte die Hungrigen und heilte die Kranken. Es gründete Kreditgenossenschaften, Vorschußvereine und Zentralbanken. Es bildete junge Männer und Frauen in produktiven Berufen aus und schuf große medizinische Organisationen. In Rußland leitet das J.D.C. unter der Führung von Dr. Joseph Rosen und unter der Mitarbeit der russischen Regierung die Siedlungsbewegung. Dieses Unternehmen trug dazu bei, die zerstörten jüdischen Kolonien wieder aufzubauen und die jüdische Landbevölkerung in Rußland von 15 000 Familien im Jahre 1923 auf ungefähr 50 000 Familien im Jahre 1929 zu steigern. Der europäische Leiter des J.D.C. ist Herr Dr. Bernhard Kahn in Berlin.

Der Gedanke einer großen palästinensischen Universität fand in Felix M. Warburg einen großen Förderer. Er spendete 500 000 Dollar für diese Institution. Als Dr. J. L. Magnes, mit dem ihn freundschaftliche Beziehungen verbinden, Kanzler der Universität in Jerusalem wurde, wurde Herr Warburg Mitglied des „Board of Governors". Der Wunsch, die jüdische Religion durch den geistigen Einfluß Palästinas befruchten zu lassen, veranlaßte Herrn und Frau Warburg, zur Gründung des „Institute of Jewish Studies" beizutragen. Obwohl die Universität erst 5 Jahre besteht, hat sie bereits die hohe Anerkennung der akademischen Welt gefunden. Sie nimmt auch an wichtigen archäologischen Expeditionen teil. Der Völkerbund hat sie als eine von 6 Institutionen in der ganzen Welt zur Erforschung der Malaria erwählt.

Herr Felix M. Warburg besuchte wiederholt Palästina und widmet sich hingebungsvoll dem Studium der Lage in diesem Lande. Dies befähigte ihn, als Mitglied der Joint Palestine Survey Commission, die 1928 ein ausführliches Gutachten über den jüdischen Palästinaaufbau ausarbeiten ließ, wertvolle Anregungen für den Aufbau des jüdischen Nationalheims zu geben. Unter der Führung von Louis Marshall nahm Felix M. Warburg an den Vorbesprechungen, die der Gründung der erweiterten Jewish Agency vorangingen, führenden Anteil. Bei der konstituierenden Versammlung der Jewish Agency in Zürich im Sommer 1929 wurde Herr Felix M. Warburg zum Vorsitzenden des Administrative Committee der Jewish Agency gewählt. Es ist seine Hoffnung, daß das Wirken der Jewish Agency den Aufbau des jüdischen Nationalheims eine wirtschaftliche Erneuerung des ganzen Palästina herbeiführen, und daß das Land allen jenen Juden offen stehen wird, die in anderen Ländern verfolgt werden oder denen es in anderen Ländern an Beschäftigungsmöglichkeiten fehlt.

Herr Warburg ist Mitglied des Verwaltungsrates der „Library Corporation", des „Jewish Theological Seminary of America", das er seit einem Vierteljahrhundert in hervorragender Weise fördert. Lehrer des traditionellen Judentums nicht nur in ganz Amerika, sondern auch in Europa sind aus diesem Seminar hervorgegangen. Einer seiner Schüler ist Oberrabbiner des britischen Reiches, ein anderer ist Landesrabbiner in einer Provinz in Deutschland, ein dritter ist einer der Führer des jüdischen Lebens in Kanada geworden. Viele Jahre hindurch war Herr Warburg Präsident der „Young Men's Hebrew Association".

Herr Felix M. Warburg ist ein großer Förderer von Kunst und Wissenschaft in den Vereinigten Staaten. Er selbst besitzt eine außerordentlich wertvolle Kunstsammlung, die den Studierenden und Kunstinteressenten jederzeit offen steht. Sie enthält Werke großer Meister wie Raphael, Botticelli, Bellini und einige der besten Radierungen von Rembrandt und Dürer. Mit seiner Hilfe wurden Museen eingerichtet. Neben seinem Wirken an dem „Art Department of Harward" hat Herr Warburg sich an den Arbeiten der „Graduate School of Education" und der „Semitic Division" der Harvard-Universität beteiligt. Er arbeitete an dem New Yorker „Metropolitan Museum" mit und machte für dieses Museum wertvolle Erwerbungen. Er ist Mitglied der „Art Commission of New York". Bei der Gründung des „Museum of Peaceful Arts", dessen Verwaltungsrat er angehört, leistete er hervorragende Dienste. Dank seiner Kenntnis großer ähnlicher Museen in Europa — besonders des Deutschen Museums in München — war sein Rat von großem Werte. Einen großen Einfluß hat Herr Warburg auch auf das Musikleben in Amerika ausgeübt. Er ist einer der Kuratoren des „Institute of Musical Art", welches 1905 durch eine Stiftung des Herrn James Loeb ins Leben gerufen wurde. Das Institut zählt heute über 100 Lehrer und über 1000 Studierende. Er ist einer der Förderer des „Philharmonic Symphony-Society". Er besitzt ein Quartett von Stradivarius-Instrumenten. Er läßt aber diese herrlichen Instrumente nicht als Museumsstücke liegen, sondern das Publikum erhält Gelegenheit, sie durch die Vermittlung des Stradivarius-Quartetts, dem sein Sohn Gerald als Cellist angehört, zu genießen.

Gleichzeitig ist Herr Warburg Mitbegründer und Förderer einer großen Zahl öffentlicher Institutionen, denen er, wie den bereits erwähnten, nicht nur seine Kräfte, sondern auch große Geldsummen widmete.

Aus der jüdischen Welt

Gemeindewahlen in Bamberg

Bamberg. Am 28. Dezember 1930 fanden hier Gemeindewahlen statt. Die Konservativen und Zionisten hatten sich unter dem Namen „Jüdische Volkspartei" zu einer Wahlvereinigung zusammen geschlossen. Nach längeren Verhandlungen mit den Liberalen kam eine Einheitsliste zustande, auf welcher die Volkspartei in der Gemeinde-Verwaltung 4 statt bisher 3 Sitze von insgesamt 10 Sitzen erhielt. Der 4. Sitz wurde Herrn Rechtsanwalt Dr. S. Weichselbaum als Vertreter der Z. O. G. eingeräumt. In der Gemeindekammer ist die Z. O. G. durch die Herren Julius Strauß, Ing. Ludwig Schmitt, Fritz Stein und Frau Anna Katz vertreten, wovon die 3 Letztgenannten neu gewählt wurden.

Zum 1. Vorsitzenden der Gemeinde wurde für den nach München verzogenen bisherigen Vorstand Herrn Geh. Justizrat Dr. J. Werner Herr Rechtsanwalt Dr. M. Morgenroth, zum 2. Vorsitzenden Herr Bankier Julius Wassermann gewählt.

Der Hochschul-Antisemitismus in Deutschland Numerus Clausus — Beschluß des Oldenburger „Asta"

Berlin, 31. Dezember. (JTA.) Die Abend-Ausgabe des sozialdemokratischen „Vorwärts" vom 30. Dezember bringt eine Reihe erschütternder Tatsachen über das antisemitische Treiben der nationalsozialistischen Studentenschaft an verschiedenen Hochschulen Deutschlands. Der Braunschweiger nationalsozialistische Minister Franzen hat

dem sozialdemokratischen Professor Paulsen ohne Angabe von Gründen mit Ablauf des jetzigen Wintersemesters den Lehrauftrag für praktische Pädagogik an der Braunschweiger Hochschule gekündigt. Der Senat der Braunschweiger Hochschule hat einen Protest der sozialistischen Studentenschaft wegen tätlicher Angriffe und Beschimpfungen in einer allgemeinen Studentenversammlung — u. a. war eine junge Studentin geschlagen worden — ablehnend beantwortet mit der Begründung, daß es sich um eine „studentische Angelegenheit" handelte.

In der Stadt Oldenburg sind nach dem Wahlerfolg der Nationalsozialisten große Teile der Studierenden der Ingenieur-Akademie (Hindenburg-Polytechnikum) in das Lager der Nationalsozialisten übergegangen. Der jetzige Rektor hat dieser Entwicklung noch dadurch Vorschub geleistet, daß er bei der Bannerweihe der Nationalsozialistischen Studentengruppe sich mit Nachdruck für die nationalsozialistische Bewegung einsetzte. Diese Entwicklung hat nun prompt ihre Früchte getragen. In dem Allgemeinen Studenten-Ausschuß sind mit überwältigender Mehrheit, in einem Fall mit 16:2 Stimmen, mehrere Anträge angenommen worden, von denen zwei kennzeichnend für die Situation sind. Der eine Antrag fordert, daß ein Numerus Clausus für jüdische Studenten geschaffen wird, im Ausmaß von 1 Prozent der Gesamtzahl der Studierenden, der andere fordert, daß sämtlichen jüdischen Studenten das Wahlrecht zum Allgemeinen Studentenausschuß entzogen wird. Die Anträge sind reine antisemitische Demonstrationen ohne praktischen Erfolg. Bei dem Rektor ist bereits Einspruch gegen eine derartige Antragstätigkeit des Studentenausschusses, die den Satzungen widerspricht, erhoben worden. Der oldenburgische nationalsozialistische „Freiheitskämpfer" veröffentlicht die Anträge unter der Überschrift „Unsere Studenten" und schließt mit dem Satz „Deutschland den Deutschen". — Die Asta-Sitzungen sind in Oldenburg öffentlich; bisher war es Brauch, die anwesenden Studenten zu den zur Verhandlung stehenden Gegenständen und Anträgen sprechen zu lassen. Als nun ein jüdischer Studierender sich gegen derartige Anträge verwahrte, wurde ihm das Wort entzogen und er aus dem Saale gewiesen. Andere anwesende jüdische Studenten verließen daraufhin demonstrativ die Sitzung.

Das Begräbnis Lord Melchetts

London, 2. Januar. (JTA.) An dem Begräbnis Lord Melchetts, das, wie bereits gemeldet, Dienstag, den 30. Dezember nachmittags, auf dem Sankt-Pancras-Friedhof in East Finchley, stattfand, nahmen neben zahlreichen bekannten Industriellen und Politikern Mitglieder der Regierung und der Diplomatie, indische Fürsten und Vertreter der organisierten Arbeiterschaft Englands teil. Unter anderen waren Innenminister J. H. Clynes, Kolonienminister Lord Paßfield, ferner Lord Ashfield, Lord Baeverbrook, Lord Burnham, Lord Dawson of Penn, der ehemalige Sprecher im Unterhaus Lord Ullswater, Lord Swaythling, Lord Jessel, Sir Hugo Hirst, Dr. Chaim Weizmann, Sokolow, Dr. Eder, Simon Marks, Abg. Major H. L. Nathan, Sir Meyer Spielmann, sowie die englischen Gewerkschaftsführer Ernest Bevin, E. Firth und R. Coppock erschienen.

Da auf dem Friedhof keine jüdische Zeremonienhalle vorhanden ist, war für die Beerdigungsfeierlichkeiten ein mehrere hundert Personen fassendes Zelt aufgestellt worden. Während in das Zelt nur geladene Gäste eingelassen wurden, drängte sich auf dem Friedhof selbst eine ungeheure Menschenmenge, die Lord Melchett trotz des strömenden Regens das letzte Geleit gab.

Der einbalsamierte Leichnam Lord Melchetts ruht in einem bleiernen Sarg, der in einen Mahagonisarg eingeschlossen ist. Unter dem Haupt des Toten liegt ein Säckchen mit Palästinaerde.

(Die in einigen deutschen Blättern erschienene Nachricht, daß Lord Melchetts Leiche eingeäschert wurde, entspricht somit nicht den Tatsachen. Der Irrtum dürfte auf einer Verwechslung des englischen Ausdrucks buried (bestattet) mit burned (verbrannt) beruhen.)

Camille Huysmans interveniert bei Paßfield in Sachen des englischen Weißbuchs

Antwerpen, 31. Dezember. (JTA.) Wie der JTA-Vertreter erfährt, hat der bekannte Führer der sozialistischen Internationale und frühere belgische Minister Camille Huysmans, im Einklang mit dem Beschluß des Pro-Palästina-Komitees bei der Zweiten Internationale sich an den britischen Kolonienminister Lord Paßfield mit einem ausführlichen Schreiben gewandt, in welchem er die zionistische Forderung auf Annullierung des Weißbuchs als begründet darstellt und die britische Regierung ersucht, den Aufbau des jüdischen Nationalheims, mit welchem auch ein Werk sozialistischen Aufbaus verbunden ist, zu unterstützen.

Prof. Herbert Spayer Vertreter des belgischen Judentums in der Agency

Antwerpen, 29. Dezember. (JTA.) Die Konferenz der Vertreter von acht jüdischen Institutionen und Gemeinden Belgiens wählte Professor Herbert Spayer zum Vertreter des belgischen Judentums im Council der Jewish Agency. Professor Spayer ist ein warmer Freund des Palästina-Aufbaus und hat vor einiger Zeit auch Palästina besucht.

Schwere ökonomische Krisis der jüdischen Bevölkerung Antwerpens

Antwerpen, 30. Dezember. (JTA.) Infolge der im Diamantenfach herrschenden schweren Krisis — in diesem Fache sind bekanntlich Tausende Juden als Schleifer, Wäscher u. a. m. beschäftigt — hat sich die wirtschaftliche Lage der Antwerpener jüdischen Bevölkerung außerordentlich kritisch gestaltet. Diese Lage wird gekennzeichnet durch die in den letzten Tagen vorgekommenen Selbstmorde einiger angesehener Juden, sowie durch die Rückwanderung einiger Hundert aus Osteuropa stammender jüdischer Familien und alleinstehender junge Leute in ihre alten Heimatländer. Zahlreiche jüdische Familien sind auf öffentliche Wohltätigkeit angewiesen.

17. Landeskongreß der Zionisten Altrumäniens Die Radikalen bilden die neue Executive

Bukarest, 31. Dezember. (JTA.) In Bukarest wurde der 17. Landeskongreß der Zionisten Altrumäniens abgehalten. Auf dem Kongreß waren die Allgemeinen Zionisten durch 32, die Radikalen ebenfalls durch 32, die Revisionisten durch 12 Delegierte vertreten. Hierzu kamen noch die in Altrumänien ansässigen Mitglieder des großen Aktions-Komitees und der Zionistischen Executive, von denen sich 16 den Allgemeinen Zionisten und 10 den Radikalen anschlossen. Mehrere Hundert Gäste aus dem In- und Auslande wohnten den Beratungen des Kongresses bei.

Der Präsident der rumänischen Landesorganisation Adolf Bernhard gab eine historische Über-

sicht über die Entwicklung der zionistischen Bewegung in Rumänien, Landesrabbiner Senator Dr. J. Niemirower sprach Worte des Gedenkens für die seit dem letzten Kongreß verstorbenen hervorragenden Zionisten innerhalb und außerhalb Rumäniens, Dr. Bauer begrüßte den Kongreß im Namen der Zionisten Jugoslaviens, Dr. Mayer Ebner im Namen der Bukowinaer Zionisten, Adolf Schwartz im Namen der Bukarester Jüdischen Gemeinde und Selma Marguerite Margulies im Namen der rumänischen WIZO. An König Carol wurde ein Huldigungstelegramm gesandt.

Nach mehrtätigen Beratungen nahm der Kongreß eine Reihe von Resolutionen an, in denen gegen die Politik der Zionistischen Executive in London Protest erhoben und der kommende Zionistenkongreß aufgefordert wird, gegen Weizmanns Politik Stellung zu nehmen. Weiters wird die Aufnahme nationaler Landespolitik in das Programm der Zionistischen Organisation Rumäniens gefordert. Die Frage der Wahl einer neuen Executive wurde in der ungemein stürmisch verlaufenen Schlußsitzung behandelt. Die Bildung der neuen Executive, an deren Spitze Dr. Sami Stern stehen wird, haben die radikalen Zionisten übernommen.

Die argentinische Regierung drosselt die Einwanderung durch Erhöhung der Visagebühren — Ein schwerer Schlag für die jüdische Emigration

Paris, 30. Dezember. (JTA.) Die Erhöhung der Visagebühren für Einwanderer auf den Betrag von 33 Goldpesos (33 Dollar) durch die argentinische Regierung bedeutet einen schweren Schlag für die jüdischen Wanderungswilligen, für deren größeren Teil diese Maßnahme einer Einwanderungssperre gleichkommt. Der Direktion von „Hias-Ica-Emigdirect" wird aus Buenos Aires telegraphiert, daß die Regierung erklärt hat, die Visagebühren in Höhe von 33 Goldpesos würden ohne Ausnahme von jeder einwandernden Person über 15 Jahren erhoben. Dies bedeutet, daß eine Emigrantenfamilie von nur drei Personen für das Visum rund 100 Dollar wird zahlen müssen, was dem Betrage für die ganze Schiffskarte gleichkommt. Wie der JTA. seitens der Immigrationsvereinigung Hias-Ica-Emigdirect mitgeteilt wird, plant die argentinische Regierung weitere Einschränkungsmaßnahmen für die Einwanderung nach Argentinien.

Die Antwort der arabischen Exekutive auf das Weißbuch

Jerusalem, 31. Dezember. (JTA.) Die palästinensisch-arabische Exekutive hat in ihrer Sitzung vom 28. Dezember beschlossen, das vom Sekretär der arabischen Exekutive Auni Bey Abdul Hadi verfaßte Memorandum unter Hinzufügung der vom letzten palästinensisch-arabischen Kongreß angenommenen Resolutionen der englischen Regierung als offizielle Antwort der arabischen Executive auf das Weißbuch zu unterbreiten.

Die Annahme des Entwurfes Auni Bey's stellt einen Sieg des Sekretariats der arabischen Executive über die unter der Führung des Großmufti stehenden arabischen Extremisten dar.

Die Infiat-Böden neuerlich den Juden zugesprochen

Jerusalem, 2. Januar. (JTA.) Das Berufungsgericht in Haifa hat den Einspruch der arabischen Siedler auf den Infiat-Böden bei der jüdischen Kolonie Chedera gegen die Zuweisung von 7500 Dunam Infiat-Landes an die jüdischen Kolonisten abgewiesen. Den Arabern steht noch die Berufung an den Obersten Gerichtshof offen.

Einschränkung des Verwaltungsapparates der Jewish Agency in Palästina

Jerusalem, 2. Januar. (JTA.) Wie die Jüdische Telegraphen-Agentur erfährt, zieht die Jewish Agency eine weitere Einschränkung ihres Verwaltungsapparates in Palästina im Hinblick auf die dringende Notwendigkeit von Ersparungen in ihrem Budget in Erwägung. Es dürfte wahrscheinlich zu einer Auflassung des Gewerbe- und Gesundheitsdepartements der Jewish Agency in Jerusalem, sowie zu einer einschneidenden Reduktion des Personals des Immigrationsdepartements kommen. Diese Maßnahmen würden eine Fortsetzung der Reorganisation des Verwaltungsapparates, die mit dem zu Beginn des Finanzjahres erfolgten Abbaus von 12 Beamten eingesetzt hat, darstellen.

Die Executive der Jewish Agency hat ein Statement veröffentlicht, das über die Gehälter der Mitglieder und der Beamten der Jewish Agency Aufschluß gibt. Die Höhe der Gehälter wurde durch eine neutrale Kommission im Jahre 1924 festgesetzt und wird jetzt durch ein Spezialkomitee überprüft werden, das dem Zionistenkongreß einen Bericht über die Gehälterfrage unterbreiten wird. Bis dahin werden die sonst üblichen Gehaltserhöhungen nicht vorgenommen werden.

Von den 149 Beamten der Jewish Agency in Palästina beziehen nur 31 mehr als 25 Pfund monatlich, nur 11 Beamte, die besonders verantwortliche Posten bekleiden, mehr als 35 Pfund. Vier Mitglieder der Executive der Jewish Agency beziehen ein Monatsgehalt von 80 Pfund, bloß das Gehalt von Colonel Kisch, der ein besonders schwieriges Ressort innehat, beträgt 150 Pfund monatlich.

Zum 70. Geburtstag von Miß Szold

Jerusalem, 2. Januar. (JTA.) Zum 70. Geburtstag von Miß Henrietta Szold veröffentlichen sämtliche jüdischen Institutionen in Palästina eine Glückwunschadresse an die Jubilarin, die lautet:

„Henrietta Szold, Lehrer und Führerin in Israel, entbietet die Judenheit Palästinas zu ihrem 70. Geburtstag herzlichen Segenswunsch in Verehrung und Bewunderung ihrer während eines Menschenalters geleisteten großen und selbstlosen Arbeit für die Sache der jüdischen Wiedergeburt.

Möge es ihr vergönnt sein, ihr hohes Streben verwirklicht zu sehen und möge sie in Erez Israel noch viele Jahre in der ersten Reihe der Erbauer des neuen Zion stehen."

Die Adresse ist von der Leitung der Jewish Agency und der Zionistischen Executive, dem Nationalrat der Juden Palästinas, den Direktorien des Keren Hajessod und des Keren Kajemeth, der Leitung der PJCA und 30 anderen jüdischen Institutionen und Organisationen gezeichnet.

Feuilleton

Das Gold der Sprüche

Aus „Salomo"

Von Edmond Fleg

Edmond Fleg hat uns bereits ein hier nach Gebühr gewürdigtes Werk über „Moses" geschenkt; nun liegt auch sein neues Buch über „Salomo" deutsch vor.[1] Fleg will keine wissenschaftliche, auf historischen Forschungen beruhende, objektive Darstellung vom wirklichen Leben dieses legendenumwobenen Königs geben; vielmehr betrachtet er es als seine Aufgabe und sein dichterisches Vorrecht, die Sagen und Legenden um die Gestalt Salomos, die wie keine andere die Phantasie des jüdischen Volkes und der Märchenerzähler aller Welt angeregt hat, als Elemente einer weitausgreifenden Dichtung zusammenzufassen und alle diese verschiedenartigen, um mannigfache Brennpunkte schwingenden Geschichten und Erzählungen in eine umzuschmelzen. Die einzelnen unzusammenhängenden Episoden fügen sich ihm so zu einem großen Ganzen; er entdeckt aufeinanderfolgende Stadien einer psychologischen Entwicklung und löst so ganz natürlich auch das Rätsel, wie der Verfasser des Hohen Liedes mit dem des „Kohelet" identisch sein kann. Salomos Welt wird ihm zur Welt der Völker, er erscheint ihm als ein hebräischer und zugleich als ein universeller Faust, dessen weitgespanntes Leben alle menschliche Erfahrung in sich schließt — Fleg hat uns ein alt-neues jüdisches Epos, die Legende und die Dichtung Salomos in neuem Gewande wiedergegeben und dafür muß man ihm dankbar sein.

Wir geben mit Genehmigung des Verlages R. Piper & Co., München einen kurzen Auszug aus dem Kapitel „Das Gold der Sprüche" wieder:

Nachdem der Sohn Davids dem Ewigen den Tempel geweiht hatte, kehrte er nach Gibeon zurück und wieder sah er nachts den Herrn in einem Gesicht, und also sprach der Herr zu ihm: Ich habe dir gewährt, worum du mich anflehtest; ich will wohnen im Hause, das du mir bautest, auf daß mein Name immerdar dort herrsche; für ewige Zeit wird mein Auge und mein Ohr offen sein den Gebeten, die an diesem Ort aufsteigen. Wenn du wider mich gesündigt hast und Buße tust und in meinem Hause mich anflehst, so werde ich in den Höhen des Himmels deine Stimme hören und dem Reuigen verzeihen.

Wenn ob der Sünde meines Volkes die Wolken sich verschließen und der Erde den Regen versagen, wenn Hungersnot die Länder heimsucht oder eine Krankheit Getreide, Menschen und Vieh, und Israel dann Buße tut und in meinem Hause mich anfleht, so will ich in den Höhen des Himmels seine Stimme hören und den Reuigen verzeihen.

Und wenn der Fremde, der meinem Volk nicht angehört, kommt, um in meinem Heiligtum zu beten, so will ich in den Höhen des Himmels seine Stimme hören und den Wunsch seines Herzens erfüllen; denn der Tempel, den Israel mir baute, sei ein Haus des Gebets für alle Völker. Wenn ihr aber abweicht von meinen Gesetzen und Geboten, wenn ihr Gott, der euer Heil ist, zurückstoßet und euch und euer Blut durch die Unzucht mit fremden Göttern schändet, dann werde ich meinen Tempel aus meinem Volke reißen und mein Volk aus meinem Tempel und es zerstreuen unter dem Angesicht des Himmels; und zerstreut sollen seine Glieder mit denen Adams faulen, und Adams Herz, verfault, wird keinen Schlag mehr tun.

So regiere denn, König Salomo, in der Weisheit, die ich dir gab, und fahre fort, mit ihr, den Menschen zuliebe, am Frieden zu bauen, dem deine Weisheit, Gott zuliebe, den Tempel baute.

Und Salomo herrschte also in Weisheit über Israel. Und seine Weisheit war größer als die aller Männer des Ostens, größer als die aller Ägypter, als die des Ezraiten Ethan, als die des Darda, des Heman und des Kalkol, der Söhne Mahols, größer als die Josephs, Abrahams und Adams. Und er unterwies die Kinder Israels in der Weisheit und aus allen Ländern kamen die Kinder der Völker und lernten Weisheit von ihm.

So kamen auch einmal aus fremden Landen drei Brüder und wollten seinen Rat haben. Dem Ersten schmeckte kein Essen; dem Zweiten gelang nichts, das er unternahm; der Dritte hatte ein Weib, bei dem er seines Lebens nicht froh werden konnte.

Geh in den Wald, sagte er zum Ersten.

Steh auf, wenn es dämmert, sagte er zum Zweiten.

Schau dem Schmied zu, sagte er zum Dritten.

Als sie den Palast verlassen hatten, lachten sie über diese Ratschläge und meinten, der König habe sich über sie lustig machen wollen.

Aber nach einiger Zeit wurde der Älteste nachdenklich und sprach zu sich selbst: Ich will doch seinem Rat gehorchen, die Folgen werden sich ja zeigen.

Er ging also in einen Wald. Holzhauer hatten gerade einen Baum gefällt, der so schwer war, daß sie ihn nicht auf ihren Wagen laden konnten. Er half ihnen und strengte sich dabei an, so daß sein ganzer Körper in Schweiß gebadet war. Als er nach Hause kam, aß er Brot und es schmeckte ihm besser als der köstlichste Leckerbissen.

Dieses Beispiel gab dem Zweiten Mut; er erhob sich jeden Tag vor Sonnenaufgang, überlegte; was zu tun sei und war so tätig, daß ihm fortan alles geriet.

Daraufhin ging der Dritte zum Schmied und er sah, wie das härteste Eisen in der Flamme biegsam wurde und jede Gestalt annahm, die der Hammer ihm gab, und von nun an machte er durch das Feuer der Zärtlichkeit und der Strenge seine Frau biegsam und lebte in Frieden mit ihr.

Eines Tages nun, als er im Gemach seines Palastes seinen Sprüchen nachsann und wie er durch sie das Herz der Menschen bessern könnte, hörte er vor dem Fenstergitter einen Täuberich zu seinem Weibchen sagen:

„Was ist denn Großes an diesem Tempel Salomos? Wenn ich wollte, so könnte ich ihn mit einem Schnabelhieb umwerfen!"

[1] Verlag R. Piper & Co., München.

Salomo trat zum Fenster, rief den Prahlhans und fragte ihn:

Wie kommst du dazu, solche Reden zu führen?

Ich sprach zu meiner Frau, erwiderte der Vogel, und vor den Weibern muß man immer prahlen!

Salomo lachte, ließ ihn aber schwören, daß er es nicht wieder tun wolle. Der Täuberich beschwor es und flog zu seinem Weibchen zurück. Gleich fragte ihn die Taube:

Was wollte denn der König?

Er hat Angst, daß ich seinen Tempel umwerfe!

Und Salomo dachte: Ich kann nicht einmal den Täuberich von seiner Prahlerei abbringen, und die Menschen will ich von ihrer Torheit abbringen?“

Gemeinden- und Vereins-Echo

Hebräischer Klub, München. Mittwoch, den 14. Januar, abends 8.30 Uhr, findet der 4. Klubabend im Raum der hebräischen Sprachkurse, Herzog-Rudolf-Straße 1, statt. Programm: Hebräische Volkserzählungen, Gesellschaftsspiel und hebräische Grammophonplatten.

Jungzionistischer Arbeitskreis. Der von Herrn Ernst Eisen geleitete Geschichtskurs wird am Montag, 12. Januar, abends 8½ Uhr, im Jugendheim fortgesetzt.

Die Münchener Gruppe der Zionisten-Revisionisten tritt nach den Weihnachtsferien am Dienstag, den 13. Januar, abends 8½ Uhr im jüdischen Jugendheim (Herzog-Rudolf-Straße 1) zu einer wichtigen Besprechung und zur Diskussion über die laufenden Angelegenheiten erstmals wieder zusammen. Alle Mitglieder werden dringend ersucht, sich pünktlich einzufinden; zionistisch interessierte Gäste sind sehr willkommen.

Bar-Kochba, Mädchen- und Damenabteilung. Montag, 12. Januar, Wiederbeginn des Turnens; in der Kinderabteilung Mittwoch, 14. Januar.

Jüdischer Kulturverein J. L. Perez. Samstag, den 10. Januar, 20.45 Uhr im Lessingsaal, Herzog-Rudolf-Straße, liest Herr Manfred Sturmann aus eigenen Werken. Der Abend verspricht sehr interessant zu werden. Wir bitten unsere Mitglieder und Gäste, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Voranzeige: Samstag, den 17. Januar, spricht der Palästinenser stud. mus. Scheinermann über das jiddische und hebräische Volkslied, mit gesanglichen Illustrationen. Anschließend gemütliches Beisammensein mit Tee.

Der Jüdische Kulturverein J. L. Perez veranstaltet gemeinsam mit anderen jüdischen Vereinen am 1. Februar eine Schalom-Asch-Feier anläßlich seines Jubiläums, mit Theater und sonstigen Darbietungen.

Wir machen unsere Mitglieder und Freunde auf die reichhaltige jidische Abteilung in der Gemeindebibliothek aufmerksam.

Gesamtausschuß der Ostjuden München

Gesammelt durch Herrn Rosner auf der Hochzeit von P. Sturm RM. 32.— für Musoch-Chitin.

Familie Holzmann gratuliert herzlich zur Vermählung Jakob RM. 1.—.

Zionistische Ortsgruppe Bamberg. Die Z. O. G. veranstaltete am 12. November 1930 unter dem Motto: „Wo stehen wir heute“ eine Versammlung, in welcher Herr Dr. Strauß-Reich (Nürnberg) über die durch die Reichstagswahlen für das deutsche Judentum entstandene Situation sprach. Im 2. Teil seines interessanten Vortrages verbreitete sich der Redner über die Entwicklung der Lage in Palästina seit August 1929 und setzte sich mit dem Inhalt des englischen Weißbuches auseinander. Eine Diskussion fand nicht statt.

Am 30. Dezember 1930 sprachen in einem internen Vereinsabend die Herren cand. med. Franz Brüll und cand. med. Berthold Lindner über „Zionistische Gegenwartsfragen“. Während Herr Brüll einen historischen Überblick über die Entwicklung der zionistischen Politik von der Balfourdeklaration bis zu den gegenwärtigen Verhandlungen der Jewish Agency mit der englischen Regierung gab, sprach Herr Lindner über die Auswirkungen der außenpolitischen Ereignisse auf die innerzionistische Entwicklung. In der Diskussion wurde insbesondere die Araberfrage erörtert. Der Abend schloß mit einem Appell zur zahlreichen Beteiligung an den Kongreßwahlen.

Geschäftliches

Gesellschaftsreisen 1931. Das Amtliche Bayerische Reisebüro, die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd, München, veranstalten für das Jahr 1931 gemeinsam Gesellschaftsreisen. Das soeben erschienene Programm ist gegenüber dem Vorjahr bedeutend erweitert worden. Der neue, 42 Seiten umfassende Prospekt, reich illustriert, weist Reisevorschläge für das In- und Ausland auf. Alle von Süddeutschland aus leicht erreichbaren Reiseländer sind in das Programm einbezogen worden. Außer Reisen in Deutschland sind solche nach Österreich, Italien, Jugoslavien, Schweiz, Frankreich, Griechenland und Ungarn im Prospekt aufgenommen. Den Erfordernissen der Zeit entsprechend sind die Preise der einzelnen Gesellschaftsfahrten so niedrig wie möglich gehalten. Der Prospekt wird kostenlos abgegeben beim Amtlichen Bayerischen Reisebüro, München, Promenadeplatz 16 und Hauptbahnhof, sowie bei der Hamburg-Amerika-Linie, Theatinerstraße 38, und dem Norddeutschen Lloyd, Brienner Straße 5, und deren Vertretungen.

Keren Kajemeth Lejisrael

Jüdischer Nationalfonds

Postscheck-Konto München 10442, Nürnberg 24565
Fernsprecher München 297449, Nürnberg 21912
Zentrale für Deutschland, Berlin W 15
Meinekestraße 10

Münchner Spendenausweis Nr. 13
vom 1. Januar bis 5. Januar 1931

Goldenes Buch Z. O. G., München: In Ausführung der Resolution des Jung Zion. Arbeitskreises vom 24. November 1930, spenden: Grete Fink 5.—, Sophie Guggenheim 2.—, Hermann und Emma Knoblauch 10.— = 17.— RM.

Erlös aus einer Versteigerung von Palästinawein an einem Chanukaabend 25.20; zusammen 42.20 RM.

Büchsen, geleert durch Leni Brandeis: Otto van Wien 2.12, B. Diamand 1.80, Dr. Jul. Spanier 2.—, E. Botie 1.70, Ch. Wegener 1.—, Hirsch-Weikersheimer 1.—, J. Weiner 1.— = 10.62;

durch Isa Straus: N. N. 10.—;

durch Gabriele Straus und Luise Neumayer: Justin Lichtenauer 5.—, E. und L. Kronheimer 1.—, Paul Simon 1.17, Julius Eisen 4.36, Frau Rosa Held 3.20, M. Hesky —.65, Jul. Lindauer —.40, Joseph Schachno 10.41, Karl Heimann 5.—, B. Zinn 5.53, Isr. Schwesternheim 5.14, Jonas Heß 1.38, Leopold Oppenheimer 1.—, Eugen Reichner 1.— = 45.24;

durch Dorle Schindel: B. Naß —.63;

durch Eva Stadler: Michael Fett 2.50, Sigm. Goldscheider 1.75, M. Bohrer 1.— = 5.88;

durch Herrn Karl Rosenmayer: Emil Katz 8.—, Leop. Kluger 3.—, Karl Schuster 2.60, Arnold Cheikowsky 2.—, Jos. Anmuth 2.—, Frl. Dr. Levinger 2.—, Frau Seidenbaum 1.—, Sigm. Schapira —.30, Pumpian 5.62, N. N. 1.— = 27.52;

durch Geschwister Straus: Ludwig Haas 4.60, S. Penzak 6.50, S. Seligmann 1.47, Frau E. Oppenheimer 2.13, J.-R. Dr. E. Straus 11.35, Arthur Bein 2.17, Frau Rosa Stadler 1.20, Louis Adler 1.— = 30.42;

durch Mirjam Oppenheimer: David Goldberg 1.50;

durch Frl. Erna Davidson: Joseph Orljanski 5.—, L. Davidson 3.—, Dr. A. Perlmutter 2.62, H. Katzenstein 1.75, M. Rosenfeld 1.70, Bernhard Orljansky 1.62, Dr. Herzfelder 1.05 = 16.74;

einzelne Büchse: KJV.-Heim 5.—; zusammen 153.55 RM.

Imi-Tasche: Karl Rosenmayer 2.75.

Summa: 198.50 RM.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1930: 2561.60 RM.

Benützt bei allen Anlässen die Telegramm-Ablösungsformulare des Jüdischen Nationalfonds. Preis 50 Rpf. Erhältlich im Büro des J.N.F., Herzog-Rudolf-Straße 1.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß nur solche Spenden im „Jüdischen Echo" ausgewiesen werden können, die spätestens Dienstag jeder Woche aufgegeben und einbezahlt wurden im

Büro des Jüdischen Nationalfonds, Herzog-Rudolf-Straße 1.

VERLAG B. HELLER, MÜNCHEN, PLINGANSERSTRASSE 64

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München. Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.